

Fortschritte im Fall Gerardi

Während der sechzehn Monate seit der Ermordung von Bischof Juan Gerardi, haben der Präsident Alvaro Arzú, der Aussenminister Eduardo Stein und der Privatsekretär Arzú's, Gustavo Porras immer wieder versucht, die Aufmerksamkeit von den staatlichen Institutionen abzulenken. "Das Militär ist gesäubert", sagten sie vor der Wahrheitskommission, "die Luftwaffe hat sich die Hände nicht schmutzig gemacht während des Krieges", entgegneten sie der internationalen Öffentlichkeit und "wir können denjenigen nicht misstrauen, die für die Sicherheit des Präsidenten verantwortlich sind", entgegneten sie dem erzbischöflichen Menschenrechtsbüro (ODHA). Nun gibt es aber gleich zwei Indizien, die auf eine Beteiligung des Generalstabs des Präsidenten (EMP) und auf ein politisches Motiv am Mord Gerardis hinweisen: Die vom amerikanischen Geheimdienst CIA durchgeführten DNA-Analysen ("genetischer" Fingerabdruck, der es ermöglicht, anhand eines Haares, Haut oder Kleidungsstückes einer Person, ihre Identität festzustellen), sowie die Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters des EMP.

Jorge Manuel Aguilar Martínez, ehemaliger Spezialist des Generalstabs des Präsidenten (EMP) brachte in seiner Zeugenaussage diese militärische Spezialeinheit in einen direkten Zusammenhang mit dem Mord an Bischof Gerardi. Offiziell ist der EMP - dessen Auflösung auf Ende Jahr angekündigt ist - eine von der Armee unabhängige Institution, deren Aufgabe es ist, die Sicherheit des Präsidenten und seiner Familie zu garantieren. Immer wieder war jedoch der Generalstab des Präsidenten an verschiedenen Menschenrechtsverletzungen beteiligt (z.B. an der Ermordung der Anthropologin Myrna Mack). Aguilar Martínez ging in seiner Aussage soweit, den Namen und den Übernamen des Täters zu nennen, welche aber aus "verfahrenstechnischen" Gründen nicht veröffentlicht wurden.

Laut Aguilar Martínez wurde die Ermordung Gerardis von langer Hand vorbereitet und ein Spezialplan erstellt für den Tag des Verbrechens. Angezettelt wurde gemäss Aguilar Martínez die ganze Sache von Francisco Escobar Blas, einem Hauptmann a.D. des EMP, Byron Lima Oliva, sowie einem Dritten, den er als Hauptmann Dubois identifizierte. (Die Namen der beiden Ersten tauchten schon ganz zu Beginn der Untersuchung auf, rückten jedoch mit der Verhaftung des Priesters Mario Orantes wieder in den Hintergrund.) Die genannten Offiziere hätten die Infrastruktur des EMP benutzt, um das Gebiet um das Pfarrhaus, in dem der Mord begangen wurde, "sauber" zu halten, d.h., sie sperrten die Strassen ab, damit sie und ein paar ihrer Vertrauensleute ungestört "operieren" konnten.

Weiter sagte der Zeuge aus, im Gebäude des EMP befände sich der weisse Toyota, welcher in der Mordnacht in der Nähe der Kirche San Sebastián gesehen worden sei. Das von andern Zeugen identifizierte Autokennzeichen sei ebenfalls auf den Namen des EMP ausgestellt. Das folgende Zitat entstammt der Zeugenaussage Jorge Manuel Aguilar Martínez:

"Am 26. April habe ich um 18.00 Uhr meinen Dienst angetreten. Der Kollege, der die Übergabe machte, sagte, es sei nichts Aussergewöhnliches vorgefallen. Der Dienstchef an diesem Tag war Hauptmann Dubois. Um 20.30 Uhr fuhr ein roter Trooper mit dem Kennzeichen 8201 vor, darin sassen der

Hauptmann Francisco Escobar Blas, der Spezialist Galindo, sowie zwei weitere Spezialisten des Sicherheitsdienstes, früher G2 genannt. Hauptmann Dubois wies mich an, die Ankunft dieses Fahrzeuges sowie dessen Passagiere nicht in meinem Dienstprotokoll zu vermerken. Ich solle einzig das Telefon bedienen und die Anrufe weiterleiten.

Um 22.30 fuhr ein Fahrzeug des EMP vor. Darin sassen der Hauptmann Lima Oliva und ein junger Mann, sowie drei weitere Personen, welche die Gesichter mit schwarzen Mützen bedeckt hielten und dunkle Brillen trugen. Lima Oliva stieg aus und ging direkt ins Büro des Obersten Rudy Pozuelas, dem damaligen Chef des EMP. Zurück kamen die beiden, Lima und Pozuelas und stiegen in das Fahrzeug. Fünf Minuten später erhielt ich einen Anruf, den ich weiterleitete und der lautete: Es gibt ein "18" (Problem). Hauptmann Dubois hat sofort alle zur Verfügung stehenden Leute mobilisiert."

Nachdem er seine Aussage gemacht hatte, ging der Zeuge mitsamt seiner Familie aus Sicherheitsgründen ins Exil. Insgesamt arbeitete Aguilar Martínez während neun Jahren beim Generalstab des Präsidenten. Er arbeitete in den verschiedensten Funktionen beim EMP, vom Kellner bis zum stellvertretenden Dienstchef. Am Tag des Mordes an Juan Gerardi kontrollierte er die vor- und weggehenden Fahrzeuge, weshalb er auch den verdächtigen Wagen identifizieren konnte.

Seitens des Militärs heisst es, Aguilar Martínez sei bloss ein einfacher Pförtner mit Geldproblemen. Die Pressestelle des Militärs (DIDE) bestätigte, dass der neue Zeuge im Fall Gerardi Pförtner des Nationalpalates gewesen war und der Armee angehörte. In einer Pressekonferenz der DIDE wurde ein Lohnausweis von Aguilar Martínez präsentiert, der über eine Summe von 1600 Quetzales (rund 240 US-\$) ausgestellt ist. Dabei wurden wieder die finanziellen Probleme des Zeugen erwähnt und auf die Möglichkeit hingewiesen, er könnte seine Aussage gegen Geld gemacht haben. Laut DIDE ist es ausserdem unmöglich, dass Aguilar Martínez als Pförtner an die von ihm ausgegagten Informationen gekommen sei.

Nery Rodenas vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro (ODHA) bezeichnet Aguilar Martínez als einen sehr wichtigen Zeugen im Falle Gerardi. Seine Aussagen decken sich mit denjenigen anderer Zeugen, z.B. mit der des Taxifahrers Jorge Diego Méndez Perusina, bezüglich des Autokennzeichens des weissen Toyotas.

Bischof Mario Rios Montt, Koordinator des ODHA hofft, dass der Staatsanwalt Calvin Galindo und die Richterin Flor de María García die Aussagen des Zeugen ernst nehmen.

José Toledo, der Anwalt des während mehreren Monaten in Untersuchungshaft gesessenen Priesters Mario Orantes, bezeichnet die Aussage Aguilar Martínez als glaubwürdig, seriös und einleuchtend.

Staatsanwalt Calvin Galindo bezeichnet den Zeugen ebenfalls als glaubwürdig und bestätigt, dass sich seine

Aussage in Vielem mit den von der Staatsanwaltschaft erbrachten Beweisen decke.

Doch die Sache ist voller Widersprüche: In dem vom Verteidigungsministerium dem Gericht eingereichten Dienstbuch von jenem 26. April 1998, erscheinen zwei Einträge über Ein- und Ausgänge von Personal, die nicht von Aguilar Martínez stammen und die laut ihm auch gar nicht stattgefunden haben. Da die Einträge handschriftlich sind, wird nun ein graphologisches Gutachten erstellt.

Die Richterin Flor de María García hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprochen und dehnt die Untersuchung auf den EMP aus. Die Lohnlisten der Jahre 1994/95 und 1998/99 sollen geprüft werden sowie die Dienstbücher derselben Jahre über die Kontrolle der Fahrzeuge dieser Institution. Der Staatsanwalt Calvin Galindo fordert die sofortige

Untersuchung dieser Dokumente, um zu verhindern, dass sie zerstört werden oder verschwinden. Sie seien äusserst wichtig für die Beweisführung und eine spätere Verhandlung.

Galindo sieht einer baldigen Aufklärung des Falles Gerardi positiv entgegen. Die Resultate der DNA-Analysen hätten die Untersuchung um einiges vorangetrieben. Sechs Personen hätten definitiv von der Verdächtigenliste gestrichen werden können. Unter den weiterhin Verdächtigen befänden sich der Hauptmann Byron Oliva Lima, dessen Vater, Oberst Byron Israel Lima Estrada, der Mayor Francisco Escobar Blas, sowie fünf weitere Militärs.

Die Staatsanwaltschaft erhöhte die Sicherheitsvorkehrungen für drei AnwälteInnen, unter ihnen Calvin Galindo, der Todesdrohungen erhielt, nachdem er die baldige Aufklärung des Falles Gerardi angekündigt hatte.

Gewissensgericht verurteilt Diktatoren

Guatemala, 26. August. Die Vereinigung der UniversitätsstudentInnen (AEU) der Universität San Carlos (USAC) feierte zum zehnten Mal das "Festival für Solidarität und Frieden". Dieser Anlass findet alljährlich zu Ehren derjenigen StudentInnen statt, welche in den achtziger Jahren Opfer der Repression geworden waren.

Im Rahmen des diesjährigen Festivals wurde ein symbolisches "Gewissensgericht" abgehalten, an dem verschiedene Menschenrechtsorganisationen teilnahmen, u.a. die Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM), die Familienangehörigen von Verschwundenen (FAM-DEGUA) und das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA).

Ziel dieses Tribunals war es, die Geschichte der StudentInnenbewegung anhand konkreter Vorkommnisse während der Zeit der Repression aufzuzeigen und in Erinnerung zu rufen. Die Jury, zusammengesetzt aus VertreterInnen des GAM und der Guatemalteken Menschenrechtskommission (CDHG), hörte die Aussagen von ZeugInnen, Opfern, sowie Kindern von Verschwundenen an.

Vor dem "Gewissensgericht" wurde der Ex-Präsident Romeo Lucas García symbolisch angeklagt für das Verschwinden von Oliverio Castañeda de León und zwei weiteren Studenten sowie für die Morde an verschiedenen politischen Persönlichkeiten.

Ebenso wurde symbolisch Anklage erhoben gegen General Efraín Ríos

Montt für die "Politik der Verbrannten Erde" und die in diesem Zusammenhang begangenen Massaker sowie gegen General Oscar Mejía Víctores für das Verschwinden von acht StudentInnen im Jahre 1984.

Das "Gewissensgericht" hat die Angeklagten symbolisch zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt, sowie die Streichung ihrer Namen aus den Geschichtsbüchern gefordert. Sie wurden für politisch und moralisch schuldig gesprochen dafür, dass sie Tausenden von Guatemalteken das Leben geraubt haben, Familien zerstört, Ungewissheit und Angst gesät, sowie Träume und Hoffnungen zerstört haben. Im Namen der Jury hielt Nineth Montenegro, Gründerin des GAM und Kongressabgeordnete, die Schlussrede: "Ich verurteile diese Männer zur öffentlichen und lebenslänglichen Ächtung und zum gesellschaftlichen und politischen Ausschluss."

Mario Polanco, ebenfalls Mitglied der GAM, sagte, dieses Gericht sei mehr als eine symbolische Geste. Er hoffe, dass solche Prozesse eines Tages Wirklichkeit würden.

Carlos Aldana vom ODHA rief dazu auf, die Erinnerung an die Ermordeten aufrechtzuerhalten und die Suche nach den Verschwundenen weiterzuführen. Er forderte, dass die historische und die kollektive Erinnerung ein zentraler Punkt des staatlichen Erziehungssystems werde, damit die Heranwachsenden ein Ge-

fühl des Ekels und der Verachtung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen dieser Männer entwickeln könnten. Aldana hofft weiter, dass diese symbolische Verurteilung im Gedächtnis aller GuatemaltekenInnen haften bleibt und zur Veränderung der Situation in Guatemala beiträgt.

¡Fíjate!

Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel
PC- 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fíjate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/341 90 80
E-Mail:
barbara@bam.links.ch
Jahresabo: 100,- Fr.
Auslandsabo: 120,- Fr.
Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Entlassene ArbeiterInnen auf Bananenplantage wurden nicht wieder eingestellt

Guatemala, 19. August. Die *Banana Corporation S.A.* (COBSA), eine Tochterfirma des Bananenmultis *Dole*, hat letzten Monat ihre Produktion wieder aufgenommen.

Die Arbeit auf den Plantagen von COBSA wurde eingestellt, nachdem der Hurrikan Mitch einen Grossteil der Ernte zerstört hatte. Gleichzeitig wurden die organisierten ArbeiterInnen entlassen, was einen Arbeitskonflikt zwischen der in der Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas (UNSI TRAGUA) organisierten ArbeiterInnen und den Plantagebesitzern zur Folge hatte (siehe *fijate* Nr. 183). Dabei kam es zu Verhaftungen von ArbeiterInnen, was wiederum die Bewegung schwächte. Die von

UNSI TRAGUA eingereichten Anzeigen beim Arbeitsministerium, beim Arbeits-sowie beim Obersten Gericht, wurden abgewiesen.

UNSI TRAGUA begrüsst einerseits die Wiederaufnahme der Arbeit auf zwei von acht im Departement Izabal gelegenen Bananenplantagen von COBSA, da damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Gewerkschaftszusammenschluss bezeichnet es jedoch als "ominös", dass die 700 organisierten ArbeiterInnen nicht wieder eingestellt wurden, sondern ausschliesslich Leute, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

UNSI TRAGUA fordert den Frucht-multi *Dole* dazu auf, eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in ihrer Toch-

terfirma COBSA durchzuführen. Mit dem "Nicht-wieder-Einstellen" der ArbeiterInnen würden nationale und internationale Arbeitsgesetze verletzt. COBSA habe ihr Versprechen nicht eingehalten, laut dem sie versprach, die entlassenen ArbeiterInnen wieder einzustellen, sobald das Unternehmen sich von den Mitch-Schäden erholt habe. Auch werde auf systematische und aggressive Weise das Recht der ArbeiterInnen auf gewerkschaftliche Organisation verletzt. Nur wenn die existierenden Arbeitsgesetze respektiert und eingehalten würden, könne von Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden gesprochen werden, meint UNSI TRAGUA.

Soziologin von AVANSCO ermordet

Guatemala, 31. August. Die Soziologin und Mitarbeiterin der Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften (AVANSCO), María Victoria Ramírez Sánchez, ist auf offener Strasse niedergeschossen worden. Die Täter flüchteten auf einem Motorrad.

Ramírez Sánchez arbeitete für AVANSCO an einer Studie über die Geschlechterverhältnisse in der guatemaltekischen Gesellschaft und war Mitglied einer Kommission, die sich für die Lösung der Transportprobleme in der Hauptstadt einsetzte.

Sowohl ihre Familienangehörigen, als auch die Direktorin von AVANSCO äusserten sich erstaunt über die Ermordung Ramírez Sánchez, da sie nie von

Todesdrohungen gegen ihre Person gesprochen habe. Trotzdem sind sie überzeugt, dass der Mord geplant war. Ramírez Sánchez ist nach Myrna Mack die zweite Mitarbeiterin von AVANSCO, die ermordet wurde.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, darunter die Guatemaltekische Menschenrechtskommission (CDHG), die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) und die *Defensoría Maya* forderten die sofortige Aufklärung des Verbrechens.

In einer Pressemitteilung erklärte die CDHG, es sei traurig, dass diese Tat nur wenige Tage nach dem Besuch des UNO-Justizbeobachters geschehen sei, der in seinem Bericht festhielt, dass nur

10% aller Morde überhaupt vor Gericht kommen. Man könne fast meinen, die Täter seien von dieser Zahl ermutigt worden.

Der Sprecher des GAM, Mario Polanco spricht von einer weiteren Komponente: Vorgefallen während der Wahlkampagne, könne dieser Mord in der Bevölkerung den Ruf nach einem Präsidenten mit "starken Hand" und repressiven Techniken wecken.

Miguel Angel Albizures von den Familienangehörigen Verschwundener (FAMDEGUA) weist darauf hin, dass Leute, die in sozialen Bewegungen und für die Einhaltung der Menschenrechte kämpften, nach wie vor Opfer der Repression würden.

Politaktivist im Petén ermordet

Petén, 1. September. Die regionale Niederlassung der URNG des Petén meldet die Ermordung des stellvertretenden Sekretärs des Gemeindefomitees von Melchor de Mencos, Edgar Milton Quintero Barredo.

Quintero Barredo wurde laut Zeugnisaussagen auf dem Weg nach Hause von vier Männern in einem Auto verfolgt und zum Einsteigen gezwungen. Am Tag darauf wurde er mit eingeschlagenem Schädel und durch den "Gnaden-

schuss" ermordet, aufgefunden. Quintero Barredo war bekannt als Mitglied der Partei URNG und dafür, sich für die Einhaltung der Friedensabkommen zu exponieren.

Das regionale Büro der URNG fordert vor der nationalen und internationalen Gemeinschaft die sofortige Aufklärung des Verbrechens. Für die URNG liegt der Ermordung Quintero Barredos ein politisches Motiv zugrunde.

Am 5. September verhaftete die

Polizei von Melchor de Mencos zwei Personen, die für die Ermordung Quintero Barredos verantwortlich gemacht werden. Es handelt sich um zwei Männer, die im Moment der Verhaftung drei Unzen Marihuana im Handschuhfach ihres Fahrzeuges hatten und eine Granate unter dem Rücksitz transportierten.

Jugendtheater vertritt Guatemala an der Expo 2000

Guatemala, 28. August. Nachdem Rigoberta Menchú der Expo 2000 in Hannover eine Absage erteilt hatte, ist nun die Theatergruppe "Iqui Balam" ausgewählt worden, um Guatemala an diesem Anlass zu vertreten. Sie werden dort verschiedene Theaterstücke und Volkslieder präsentieren.

Die Theatergruppe "Iqui Balam" wurde von der Deutschen Botschaft und der Gruppe für technische Zusammenarbeit (GTZ) aus einer Liste von 200 AnwärterInnen ausgewählt aufgrund der "gewalt- und drogenfreien Aussage" ihrer Stücke. Die Mitglieder der Theatergruppe sind ehemalige Strassenkinder, ehemalige Bandenmitglieder und ehemalige DrogenkonsumentInnen.

Laut Miguel Gaitán, Gründer von "Iqui Balam", ist die Einladung nach Deutschland das Ergebnis einer zweijährigen Zusammenarbeit mit der GTZ und

der deutschen Botschaft, welche eine Reihe von Gesundheits- und Jugendprojekten unterstützt haben. "Iqui Balam" habe die Deutschen mit der für ein internationales Publikum geeigneten Umsetzung der dargestellten Problematiken (Drogensucht, Gewalt in der Familie und Leben auf der Strasse) beeindruckt.

Die Mitglieder der Theatergruppe kommen aus einem dem Armenviertel der Hauptstadt namens "Mario Alioto Sánchez", wo die Leute seit 5 Jahren als LandbesetzerInnen leben. Laut Gaitán hat das Aufkommen von Crack in der Gegend die Gewalttätigkeit ansteigen lassen und viele Jugendliche hätten schon ihre ersten Gefängnisstrafen verbüsst.

Die Theatergruppe erhofft sich mit ihrem Auftritt an der Expo 2000 und der anschließenden Tournee, die auch nach

Spanien führt, auch mehr Glaubwürdigkeit im eigenen Land. Mit dem Erlös aus den Vorstellungen in Europa soll ein weiteres Projekt ermöglicht werden: Ein Arbeitszentrum für marginalisierte Jugendliche. Denn wer drogensüchtig gewesen sei, eine Haftstrafe abgesessen habe und Tattoos habe, bekomme in Guatemala sowieso keinen Job, meint Gaitán.

"Iqui Balam" ist ein Begriff aus dem Popul Vuh, dem heiligen Buch der Mayas. Darin ist Iqui Balam eine der vier ersten, von Gott erschaffenen Personen, welche aber mangels Nachkommenschaft bald wieder aus der Erzählung verschwindet.

Als die "vergessene Figur" ist sie jedoch zu einem Symbol für die von der Gesellschaft ausgestossenen Jugendlichen geworden.

Debatte um Haushaltsbudget endlich zuende?

Guatemala, 2. September. Die Finanzministerin Irma Luz Toledo Peñate gab bekannt, dass das Haushaltsbudget des Staates fürs Jahr 2000 rund 22'000 Millionen Quetzales beträgt, was 7 Millionen mehr ist, als das Vorjahresbudget. (Die definitive Annahme des Vorjahresbudget durch den Kongress steht immer noch aus, da ein Antrag um Budgeterweiterung in einer noch nie dagewesenen Höhe hängig ist, sowie ein Rekurs dagegen.)

Laut der Ministerin werden im Budget 2000 den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Sicherheit erste Priorität eingeräumt. Das Budget des Militärs hingegen werde gekürzt. Wichtiger als die Höhe des Betrages sei der Verteilungsschlüssel, nach dem das Geld den einzelnen Bereichen zugeordnet werde, sowie seine Herkunft.

Mit diesem Budget könne das Staatsdefizit nicht mehr als 2,5% des Brutto sozialproduktes (BSP) betragen. Das Budget werde flexibel gehalten, damit die neu übernehmende Regierung die notwendigen Änderungen vornehmen könne. Es sei z.B. die Weiterführung der angefangenen Projekte vorgesehen, ebenso sei die Umsetzung der Friedensabkommen berücksichtigt.

Auf die Frage, woher der Staat die Einnahmen beschaffen werde, erklärte Toledo Peñate, es seien Steuererträge von rund 19'000 Millionen Quetzales vorgesehen. Diese stammten aus den

Importsteuern einerseits und dem Einholen von Steuergeldern, welche noch in einem juristischen oder administrativen Prozess blockiert seien.

Manfredo Chocano vom Zentrum für nationale Wirtschaftsstudien (CIEN), bezeichnet das Budget 2000 als sehr hoch. Er meint, der Regierung sei es höchstens möglich, 17'000 Millionen Quetzales zurückzuerlangen. Und auch wenn der Restbetrag aus anderen, nicht steuerlichen Quellen bezogen würde, sei ein Defizit von über 2% des BSP zu hoch.

Inwieweit es Zufall oder Absicht ist, dass die Unterbreitung des neuen Haushaltsbudgets zusammenfällt mit der Ablehnung des Antrages um Erweiterung des Budgets 1999 durch den Kongress, bleibt offen.

Die Finanzministerin erklärte, wenn der Kongress das Budget 2000 annehme, würde automatisch und diskussionslos der Antrag um die Erhöhung von rund 3,3 Millionen Quetzales des immer noch diskutierten Budget 1999 zurückgezogen werden.

Die Erklärung des Präsident des Kongresses, Leonel López Rodas widerspricht demjenigen der Finanzministerin: Aus Angst vor den Konsequenzen, welche die beantragte Budgeterweiterung 1999 auf die nationale Wirtschaft haben könnte, sei sie vom Kongress abgelehnt worden. Sämtliche im Zusammenhang mit der Erweiterung diskutierten Massnahmen, wie z.B. der Verkauf

von Staatsaktien, würden eingestellt. Dafür verspricht López Rodas eine Stabilisierung des in den letzten Wochen massiv gefallen Quetzals (bis zu 7.90 Q für einen US-\$), sowie die Senkung der Grundnahrungsmittelpreise.

Kritiker der Staatsökonomie, wie z.B. Haroldo Shetemul in der Zeitung *El Periódico*, sehen den Wertverlust des Quetzals und das Steigen der Preise in erster Linie im Zusammenhang mit der Politik der Regierungspartei. Um in der Wahlkampagne gut dazustehen, wolle sie die begonnenen Infrastrukturbauten, wie Strassen, Schulen etc. fertigstellen. Deshalb sei sie anfänglich für die Erhöhung des Budget 1999 eingetreten. Dies habe schlussendlich auch zum Rücktritt des Finanzministers Pedro Miguel Lamport anfang Juli geführt.

Der Schritt zurück, der mit dem Rückzug des Antrages um Budgeterweiterung gemacht werde, habe nichts mit patriotischen Gefühlen zu tun, meinte Shetemul weiter. Vielmehr sei die ökonomische Situation im Moment so prekär, dass die Weiterführung der Infrastrukturbauten wahlpropagandistisch kontraproduktiv wäre. Auch hätte es zur Folge, dass dem Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PAN, Oscar Berger von seinen GegenspielerInnen die Schuld am desaströsen Zustand der Nationalen Ökonomie zugeschoben würde. Und dies wolle natürlich verhindert werden.

Aus für die Tageszeitung *El Gráfico*

Guatemala, 31. August. Eduardo Gómez, Chefredaktor von *El Gráfico* hat die Schliessung der Tageszeitung auf den 24. September bekanntgegeben. Gleichzeitig teilte er mit, dass von diesem Tag an ein neues Abendblatt auf den Markt kommen werde. Angestellte von *El Gráfico* haben bekanntgegeben, die Schliessung erfolge aufgrund finanzieller Probleme. *El Gráfico* gab es während 33 Jahren.

Ausgerechnet das Konkurrenzblatt *Prensa Libre* schrieb in ihrem Editorial vom 3. September, das Eingehen von *El*

Gráfico sei ein Beispiel dafür, dass die Zeitungen unabhängig von den politischen Parteien bleiben müssten. Sobald sie sich als Sprachrohr der Parteien missbrauchen liessen, würden sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren. In Falle von *El Gráfico* ginge es um eine Zeitung, welche für *Prensa Libre* während Jahren ein wichtiger Konkurrent um die täglichen Informationen gewesen sei.

Durch die politische Beteiligung des ehemaligen Direktors von *El Gráfico*, Jorge Carpio, habe die Zeitung ihre Glaubwürdigkeit verloren und nie wie-

dererlangen können. Schon gar nicht nach der Ermordung Jorge Carpios, was gleichzeitig der Anfang vom Ende bedeutet habe.

Etwas anders reagierte der ehemalige Präsident der JournalistInnenvereinigung Guatemalas, (APG) Julio Mendiábal. Er bedauert die Schliessung von *El Gráfico*, da er eine Zeitung gewesen sei, die dafür bekannt war, Kämpfe auszutragen. Ausserdem äusserte er sich besorgt darüber, dass die Schliessung in einem Moment stattfinde, in dem für die Pressefreiheit gekämpft werde.

Neuer Vorschlag für Kinderschutzgesetz eingereicht

Guatemala 2. September. Ein neuer Vorschlag für ein Kinderschutzgesetz wurde dem Kongress überreicht. Laut dem Präsidenten der Evangelischen Kirchen Guatemalas (AEG), César Vásquez seien 80% des ursprünglichen Inhalts geändert worden, und vor allem diejenigen Themen herausgenommen worden, welche letztes Jahr zu Diskussionen und schlussendlich zur Suspendierung des Gesetzes geführt haben.

Laut Vásquez seien im neuen Vorschlag der Familie ein wichtiger Platz eingeräumt worden, sowie der Erziehung und Ausbildung der Kinder. Die Rolle

des Staates sei eher die eines Wohltäters.

An der Ausarbeitung des neuen Vorschlags waren nebst der AEG die Bischofskonferenz Guatemalas (CEG), das Lateinamerikanische Kirchenkonzil, die "Verteidigung der Kinderrechte", sowie Organisationen der sozialen Bewegung beteiligt. Die Tatsache, dass diese ideologisch verschiedenen gelagerten Organisationen sich auf einen Vorschlag einigen konnten, bezeichnet Vásquez als "historisch".

Nineth Montenegro, Präsidentin der *Kommission für die Weiterführung*

des *Kinderschutzgesetzes*, zweifelt daran, dass in der jetzigen politischen Situation ein Entscheid über das Gesetz getroffen wird.

Die rechtsradikale *Liga Pro Patria* lehnt den neuen Vorschlag ab. Er erfülle nicht die Vorgaben, ausserdem sei er hinter dem Rücken der VertreterInnen einiger Sektoren erarbeitet worden. Es sei ein Projekt vorgestellt worden, das zwar in den wesentlichen Punkten überarbeitet worden sei, die bürokratische Struktur des ersten Vorschlags jedoch beibehalten habe.

Entlassungen am Obersten Gerichtshof

Guatemala, 6. September. Diese Woche hat der Oberste Gerichtshof die Entlassung von mehr als 500 Angestellten des Justizwesens bekanntgegeben. Damit wird einem Entscheid des Arbeitsgerichts entsprochen, welches einen im Jahre 1996 im Justizwesen durchgeführten, landesweiten Streik, als illegal erklärte.

Vom 19. März bis zum 21. April 1996 streikten hunderte von ArbeiterInnen des Justizwesens und forderten höhere Löhne. Dadurch wurde während einem Monat das Justizwesen im ganzen Land lahmgelegt. Der Oberste Gerichtshof eröffnete in der Folge den Prozess gegen die Streikenden. Am 13. Mai dieses Jahres verurteilte das Arbeitsgericht den Streik ein erstes Mal als illegal. Dem folgten Einsprachen der Angestellten, zuerst vor dem Arbeitsgericht und später vor dem Verfassungsgericht. Dieses be-

stätigte jedoch am 7. Juli den Entscheid des Arbeitsgerichts, womit den Entlassungen grünes Licht gegeben war.

Der Richter Carlos Roberto Enríquez Cojulún, welcher die Entlassungen aussprach, gab bekannt, der Oberste Gerichtshof hätte eine genaue Liste derjenigen Angestellten, welche am Streik teilgenommen hatten. Es ginge darum, den Angestellten "ein Zeichen zu setzen".

Bisher haben mehr als 50 Angestellte in der Hauptstadt und im Landesinneren die Kündigung erhalten, unter ihnen der Sekretär der Gewerkschaft der ArbeitnehmerInnen des Justizwesens (STOJ).

Mitglieder der Gewerkschaft STOJ bezeichnen die Entlassungen als ungerechtfertigt und als eine parteipolitische Massnahme seitens der Richter. Sie haben ein Meeting im Gebäude des Ge-

richts einberufen und ihre Mitglieder zur Generalversammlung für den 7. September eingeladen, wo über weitere Aktionen diskutiert werden soll. Als eine mögliche Massnahmen ziehen sie Massenkündigungen in Betracht.

In einem Pressecommuniqué verteidigte der Oberste Gerichtshof sein Handeln. Der Entscheid beruhe auf drei Punkten: a) hätte der Streik der Arbeitenden der Bevölkerung den Zugang zu den Gerichten verunmöglicht. b) komme der Schaden, der die guatemalteckische Justiz durch den Streik zu verzeichnen habe, einem Anschlag auf den Rechtsstaat gleich. Und c) hätten die Streikenden ihre persönlichen Interessen über die Volksinteressen gestellt.

Notizen aus dem Wahlkampf

Guatemala, 26. Aug. bis 8. Sept.

Die Partei der nationalistischen Versöhnungsaktion (ARENA) hat Flor de María Alvarado de Solís als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt. Damit reagiert die Partei auf eine in der Tageszeitung *Prensa Libre* publizierte Meinungsumfrage, laut der sich 80% der Bevölkerung für eine Frau als Präsidentin ausspricht. Alvarado de Solís kandidierte schon 1995 im Namen der Demokratischen Kraft des Volkes (FDP) für das selbe Amt.

Eine weitere Schlammschlacht gegen den Kandidaten der Republikanischen Front FRG, Alfonso Portillo, hat begonnen. Seine politischen Gegner haben eine Geschichte aus dem Jahr 1982 ausgegraben, laut der Portillo im mexikanischen Bundesstaat Guerrero zwei Männer ermordet hat. Portillo sei nie zu einem Prozess erschienen, weshalb die Untersuchung nach 14 Jahren eingestellt wurde. Zu seiner Verteidigung bringt Portillo vor, er sei zu dieser Zeit als Ausländer in Mexiko gewesen, sei ein Studentenfürher gewesen und wäre mit Garantie zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Deshalb habe er es vorgezogen, nicht vor Gericht zu erscheinen.

Das Oberste Wahlgericht (TSE) zeigt sich beunruhigt angesichts der Tatsache, dass die meisten Parteien ihre KandidatInnen noch nicht ins Wahlgregister eingetragen haben. Erst 80% der insgesamt rund 3000 KandidatInnen hätten sich eingeschrieben, von den elf PräsidentschaftskandidatInnen seien es erst drei. Ebenso bemängelt das TSE, dass die Parteien keine Regierungsprogramme vorstellen, was wichtig wäre, damit die Bevölkerung sich eine Meinung bilden und bewusst wählen kann. Die laufende Kampagne folge gewissen Regeln, welchen nicht einem "normalen" Wahlverlauf entsprächen. Damit bezieht sich das TSE auf die gegenseitigen Verleumdungskampagnen der Regierungspartei des nationalen Fortschritts (PAN) und der Republikanischen Front Guatemalas (FRG). Weiter weist das Oberste Wahlgericht darauf hin, dass es strengstens verboten sei, öffentliche Gelder zur Finanzierung der Wahlkampagne einzusetzen und dass das Wahlgesetz eingehalten werden müsse. Die Regierung wurde vom TSE aufgefordert, die in den Parteifarben gehaltenen Transparente zu entfernen, auf welchen die "Taten,

nicht Worte" gerühmt werden, welche die Regierung während der Amtszeit Arzu's vollbracht hat.

Auch die Presse wird aufgerufen, sich kooperativ zu verhalten, damit die Bevölkerung auf eine positive und ausgewogene Art informiert wird und ihr Glaube an die Institutionen und das demokratische System nicht verliert. Der staatliche Nachrichtensender dürfe nicht zu propagandistischen Zwecken missbraucht werden und keine Werbung für eine politische Partei bzw. einzelne KandidatInnen machen.

Nach einer Diskussionsrunde der PräsidentschaftskandidatInnen an der Universität San Carlos (USAC), kam es zu Handgreiflichkeiten gegen den Kandidaten der Republikanischen Front Guatemalas (FRG). Neun KandidatInnen kamen der Einladung der Universität nach, an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Erziehung und Friedensprozess" teilzunehmen. Publikumsliebling war Alvaro Colom von der Allianz Neue Nation (ANN), der, bevor er seine Rede hielt, um eine Schweigeminute für die gefallenen StudentInnen bat.

Nachdem die KandidatInnen ihre Meinung geäußert hatten, ergriff ausser Programm ein Student das Wort und wollte Erklärungen dazu haben, weshalb der Eintritt an die Veranstaltung für StudentInnen beschränkt sei. (Die OrganisatorInnen limitierten den Zutritt für StudentInnen, was diese jedoch nicht akzeptierten, sich Einlass verschafften und die Sitzplätze der "speziellen Gäste" besetzten.)

Ebenfalls ausser Programm überreichte der Präsident der StudentInnenvereinigung (AEU), Fernando Sánchez, dem Kandidaten der FRG, Alfonso Portillo, die Ratschläge der Wahrheitskommission (CEH) an die Regierung. Portillo erklärte in seiner Rede nämlich, nichts von diesen Empfehlungen zu wissen. Sánchez kritisierte Portillo, einerseits auf seiner kürzlich erfolgten Reise in die Vereinigten Staaten die Einhaltung der Empfehlungen der CEH versprochen zu haben und andererseits im eigenen Lande nichts davon wissen zu wollen. Ebenso attackierte Sánchez in seiner Intervention den Kandidaten der Regierungspartei PAN, Oscar Berger, den Staat privatisieren zu wollen und die Friedensabkommen nicht einzuhalten.

Beim Verlassen der Aula der Universität San Carlos wurde Portillo von StudentInnen angegriffen und sein weg-fahrendes Auto mit Steinen beworfen.

Der Rektor der USAC, Efraín Medina, drohte, die an der Störung der Veranstaltung beteiligten StudentInnen von der Universität auszuschliessen. Gleichzeitig beschuldigte er die Leitung der ANN, die StudentInnen zur Gewalt aufgerufen zu haben. Alvaro Colom seinerseits meinte, das einzige was er in seiner Rede gesagt habe, sei, dass das Land die Etappe der Auseinandersetzungen noch nicht abgeschlossen habe, was das Nichteinhalten der Empfehlungen der CEH seitens der Regierung beweise.

Sánchez seinerseits meinte, wenn der Rektor die StudentInnen von der Universität ausschliessen wolle, würden sie ein Gerichtsverfahren einleiten. Die StudentInnen forderten eine seriöse politische Diskussion auf nationaler Ebene. Sie würden die nationale Realität genügend gut kennen, und liessen sich von den PräsidentschaftskandidatInnen und deren demagogischen Diskursen nichts vormachen.

Alvaro Colom, Präsidentschaftskandidat der Allianz Neue Nation (ANN) bezeichnet sich selber als einen "kürzlich debütierten Linken". Wenn "links sein" bedeute, den sozialen Themen mit etwas mehr Wichtigkeit und Respekt zu begegnen, so sei er ein Linker.

Weiter meint Colom, ein Sieg der Allianz Neue Nation (ANN) wäre für die internationale Öffentlichkeit genau so überraschend, wie die Unterzeichnung der Friedensabkommen. Falls die Linke diese Wahlen verlieren würden, regiere die Rechte für weitere 15 Jahre das Land.

Liebe Leserin, Lieber Leser,

Da immer mehr Leute Zugang zu E-Mail haben, bzw. Texte aus dem ¡fíjate! weiterverwenden, bieten wir Euch die Möglichkeit an, ¡fíjate! per E-Mail-Abos zu erhalten. Per E-Mail wird ¡fíjate! als "nur Text", d.h., nicht gelayoutet, zugestellt, in der Hoffnung, dass die meisten Computer dieses Format lesen können... (Anfängliche Schwierigkeiten nicht ausgeschlossen.) Wer also in Zukunft ¡fíjate! per elektronischer Post erhalten möchte, soll uns das bitte mitteilen. Am Abopreis ändert sich nichts.

die Redaktion